

Zeitschrift: Schweizer Ingenieur und Architekt
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 100 (1982)
Heft: 3

Artikel: "Städte zum Leben" - Europajahr der Stadterneuerung - II. Teil
Autor: Risch, Gaudenz / Barthélémy, Jean / Huggenberger, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-74738>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wandeln zu wollen, was eine Illusion sei. Darum geht es jedoch nicht. Wenn einzelne Beispiele in Text und Bild die Veränderung einer Landschaft zwischen gestern und heute besonders krass zeigen, verfolgen wir damit zwei Ziele. Erstens soll damit anschaulich gemacht werden, wie andere, noch schöne Landschaften in 20 oder 30 Jahren aussehen werden, wenn die Entwicklung so weitergeht, und zweitens möchten wir das Auge schärfen für jene Formen der landschaftlichen Zerstörung, welche weder wirtschaftlich noch technisch notwendig, sondern einfach das Resultat von Gedankenlosigkeit oder übertriebenem Wachstumsglauben sind. Landschaftsschützer sind

nicht blind gegen den Fortschritt, aber sie sind gegen einen blinden Fortschrittsglauben!

«Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch», sagt ein Dichterwort. Da und dort beginnt sich tatsächlich eine Tendenzwende im bisherigen Landschaftskonsum abzuzeichnen. Neuere Orts- und Regionalplanungen werden sorgfältiger auf die Eigenheiten der Landschaft und die ökologischen Zusammenhänge ausgerichtet. Einige wenige Kantone haben schon früher Verordnungen zum Schutze von Landschaften erlassen. Manche wertvollen Einzelobjekte, Erholungsgebiete oder naturkundlich bedeutsame Biotope

könnten durch behördlichen Erlass oder mit Dienstbarkeit zugunsten von aktiven Naturschutzorganisationen gleichsam «über die Strecke» gebracht werden. Manchmal kommt es auch vor, dass Private aus Verantwortungsbewusstsein heraus auf eine gewinntrechte Nutzung ihres Besitzes verzichten. Es handelt sich aber fast immer nur um Bruchstücke, Tropfen auf einen heißen Stein. Wenn dieses Buch dazu beiträgt, die Augen für das zu öffnen, was noch zu retten ist, und die Einsicht in die Notwendigkeit und Dringlichkeit umfassender Landschaftsschutzmassnahmen zu verstärken, hat es seinen Zweck erreicht. In diesem Sinne ist es auch heute noch nicht zu spät.

«Städte zum Leben» – Europajahr der Stadterneuerung – II. Teil

Von Gaudenz Risch, Zürich

Im vergangenen Jahr war der Aktivität des Europarates eine dritte Initiative im grossen Rahmen des Umweltschutzes zu danken: 1970 stand im Zeichen des Naturschutzes, 1975 wurde als Jahr des Denkmalschutzes ausgerufen, das Jahr 1981 galt der Stadterneuerung. Unter dem Motto «Städte zum Leben» sollte breites Interesse geweckt, zu nationalem und übernationalem Informationsaustausch angeregt und Anstösse zu konkretem Tun gegeben werden. Die Impulse wurden in weiten Bereichen aufgenommen. Auch hierzulande versuchte man, in Veranstaltungen verschiedenster Art das zentrale Anliegen ins öffentliche Bewusstsein zu tragen, zu fassbaren Vorstellungen vorzudringen – aber auch über verbale Bekenntnisse hinaus, in Ansätzen wenigstens, sichtbare und erlebbare Signale zu setzen.

Im folgenden seien zwei Tagungen in Erinnerung gerufen, die dank ihrer Aufgabenstellung und der Kompetenz ihrer Trägerschaft besondere Aufmerksamkeit beanspruchten. In Zürich lud die Vereinigung Pro Renova zu einem Symposium über «Mensch und Stadt», der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein behandelte in einer Studenttagung «Entwicklungs- und Existenzprobleme unserer Städte». Aus Platzgründen war es nicht möglich, sämtliche Beiträge zu berücksichtigen. Die ausgewählten Referate sind zudem teilweise gekürzt wiedergegeben. B.O.

- enorme Zunahme des motorisierten Verkehrs mit den damit verbundenen Strassenbauten sowie Lärm- und Abgasmissionen
- Schwierigkeiten in der Bewältigung der Bauaufgaben, gepaart mit einem Umdenken, wie neue Quartiere erschlossen und überbaut und alte Quartiere sinnvoll erneuert werden
- Substanzverlust der Stadt als Lebens- und Begegnungsraum
- Überalterung der Bevölkerung
- in neuester Zeit Schwierigkeiten mit Teilen der jüngeren Generation, die in der Grossstadt einen unkontrollierten Freiraum suchen.

Verflechtung mit der Agglomeration

Diese mit Problemen überhäuften Städte sind aber nicht Zentren für sich allein, sondern sie stehen in einer Umgebung, in einer Agglomeration, in einer Region, für welche sie ebenfalls Zentrumsfunktion ausüben. Gerade im Bereich der Beschäftigung, der Bildung, der Kultur, des Sports, des Konsums und des Vergnügens bildet die Stadt für sich allein und für ihr Einzugsgebiet praktisch eine Einheit, weshalb alle diese Anknüpfungspunkte eine Unzahl von Verkehrsbeziehungen auslösen. Selbst das Wohnen gehört dazu, denn die städtischen Zentren weisen mehr

Stellung und Aufgabe der Stadt als Zentrum

Von Ernst Huggenberger, Winterthur

Angesichts unzähliger Schriften, Analysen, Untersuchungen, die in den letzten zwanzig Jahren über unsere Städte verfasst worden sind, beschränkt sich der Referent darauf, einen Überblick zu geben, damit aber auch die Bedeutung der Probleme darzulegen und zu gewichten. Seine Ausführungen gründen vor allem auf Erfahrungen in Winterthur und im Kanton Zürich, doch mögen diese von denjenigen anderswo kaum wesentlich abweichen.

Feststellungen und Problemkreise

Die Stadt wird auch in Zukunft einen bedeutenden Stellenwert als Zentrum einnehmen. Die damit zusammenhängenden Problemkreise werden sich jedoch verschieben:

- extremes Wachstum des überbauten Stadtgebietes und damit der Bausubstanz im Hoch- und Tiefbau
- sehr starke Zunahme mit späterem Krebsgang der Bevölkerung

Arbeitsplätze auf, als entsprechend Wohnraum vorhanden wäre. Es fehlt nicht nur an genügendem Wohnraum, er wird dazu noch verdrängt oder erfüllt die Ansprüche nicht mehr, welche die Familie an ihn stellen muss. Noch komplexer wird diese Verflechtung zwischen Stadt und Region, wenn Vororts- oder Regionsgemeinden selbst städtische Funktionen übernehmen müssen oder wollen. Bei Betrachtung dieser Beziehungen darf aber auch erwähnt werden, dass für die Städte die ländlichen Regionen einen wichtigen Freizeit- und Erholungsraum bilden, der - je nach der geographischen Lage der Region - das Leben einer Stadt entscheidend aufwerten kann.

Bevölkerungsentwicklung

Ausschlaggebender Faktor für die meisten Probleme bildete die *Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahrzehnte* sowie der Wandel und *Fortschritt der Technik* mit den Auswirkungen auf Industrie, Gewerbe und Handel. Die grösseren Schweizerstädte erreichten zwischen 1960 und 1973 nach recht stürmischer Entwicklung ihre höchsten Einwohnerzahlen, um dann mit der Rezession einen eigentlichen *Krebsgang* anzutreten. Mittlere und kleinere Städte konnten vielfach ihre Einwohnerzahlen halten oder in den letzten Jahren wieder vergrössern.

Einige Zahlen zeigen die ungleiche Entwicklung in den Kernstädten Zürich und Winterthur verglichen mit den übrigen Gemeinden im Kanton, unter denen immerhin noch 10 Städte mit Einwohnerzahlen zwischen 15 000 und 23 000 figurieren:

wirkung auf die individuelle Unabhängigkeit beigetragen.

In bezug auf die Zunahme des Wohnungsbestandes ist ebenfalls das *Verhältnis zwischen Städten und übrigen Gemeinden* bezeichnend:

Tabelle 2. Wohnungsbestand im Kanton Zürich

	Zürich	Winterthur	übrige Gemeinden
1960	144 659 = 100	25 590 = 100	119 906 = 100
1970	156 827 = 108	33 672 = 132	188 497 = 157
1979	167 516 = 116	36 336 = 142	246 168 = 205

In diesen Betrachtungskreis gehört auch die deutliche *Überalterung der Bevölkerung in den Städten*.

te und annähernd die Hälfte wohnt in einer Stadt von 10 000 Einwohnern und mehr. Viele weitere Gemeinden sind als Agglomerationsgemeinden mit Städten praktisch verwachsen. Gerade diese starke Verwurzelung unserer Bevölkerung mit den Städten gibt Anlass,

an dieser Stelle kurz bei den *Verkehrsproblemen* in unseren Städten zu verweilen.

Planung

Von der gewaltigen Zunahme der Bevölkerung in den fünfziger und sechziger Jahren wurden die Städte allesamt überfahren. Der Ruf nach Planung wurde laut, denn noch um die Jahrhundertmitte gab es sehr viele Städte, die praktisch über keine Planungen verfügten. Das damals vorausgesehene, fast unbegrenzte Wachstum unserer Wirtschaft und die damit stetig steigende Bevölkerung riefen zwangsläufig der notwendigen Bereitstellung von Wohnraum, Schulhäusern, Kirchen und Pfarrheimen, Schwimm- und Sport- und Freizeitanlagen, von Alters- und Krankenheimen, Spitätern, Kehrichtverbrennungsanlagen und Kläranlagen, von den Verkehrsbauten zur Aufnahme des überbordenden Verkehrs nicht zu reden.

Auf diesen *Taumel des Aufwärtstrends* kamen wie aus heiterem Himmel die

Verkehr

Allein in den letzten 11 Jahren hat sich der Motorfahrzeugbestand im Kanton Zürich annähernd verdoppelt. Die Freiheit jedes Einzelnen im Gebrauch seines Fahrzeugs beschwert die Städte bei der Bewältigung des Verkehrs mit einer kaum zu lösenden Aufgabe. Dabei hat man schon früh erkannt, dass dem Strassenbau Grenzen gesetzt werden müssen. Leider werden auch zweckmässige Lösungen im Strassenbau immer schwieriger zu realisieren. Der *Motorfahrzeugverkehr* ist mit seinem Lärm und seinen Abgasen der Hauptsünder in der Herabminderung des Wohnwertes unserer Städte. Trotz ihrer Zentrumsfunktion ist es deshalb eine entscheidende Aufgabe der Städte, alles zu unternehmen, um die Immissionen des Motorfahrzeugverkehrs zu reduzieren, soweit sie dazu zuständig sind. Die Attraktivität und die Kapazität des öffentlichen Verkehrs müssen gefördert werden. Auch vernünftige Velo- und Fussgängerouten können sich positiv auswirken.

Zur Zeit studiert eine *nationalrätsliche Kommission* unter Zuzug von zwei Professoren des öffentlichen Rechts die Frage, welche gesetzlichen Bestimmungen für *Quartieranwohner* geschaffen werden könnten, damit deren Wohnquartiere nicht von morgen bis abends mit Autos von Pendlern aus Vororten und Aussenquartieren überstellt werden. Es kann ja nicht Aufgabe und Pflicht der Stadtbevölkerung sein, die Wohnlichkeit ihrer Quartiere auf diese Art dem Verkehr zu opfern.

Jahre der *Rezession und der Besinnung*. Das zwang, auch die Instrumente der *Raum- und Städteplanung zu überdenken*. Planung wurde nicht mehr vorwiegend verstanden als Fortschreitung einer zwangsläufig zahlenmässigen Entwicklung, die sich in Tabellen und Plänen niederlegt. Man sah nun vermehrt eine *politische Aufgabe* darin, die anstehenden Probleme zu bewältigen, mit welchen unser Land und vor allem die Städte konfrontiert waren. Immer mehr machte man sich Gedanken darüber, ob das Leben in unseren Städten für alle ihre Bewohner noch lebenswert sei.

Ein Sechstel unserer Landesbevölkerung wohnt in einer der fünf Grossstäd-

Tabelle 1. Wohnbevölkerung im Kanton Zürich

	Zürich	Winterthur	übrige Gemeinden
1960	440 170 = 100	80 352 = 100	431 782 = 100
1970	422 640 = 93	92 722 = 115	592 426 = 136
1980	364 579 = 80	86 434 = 107	654 393 = 150

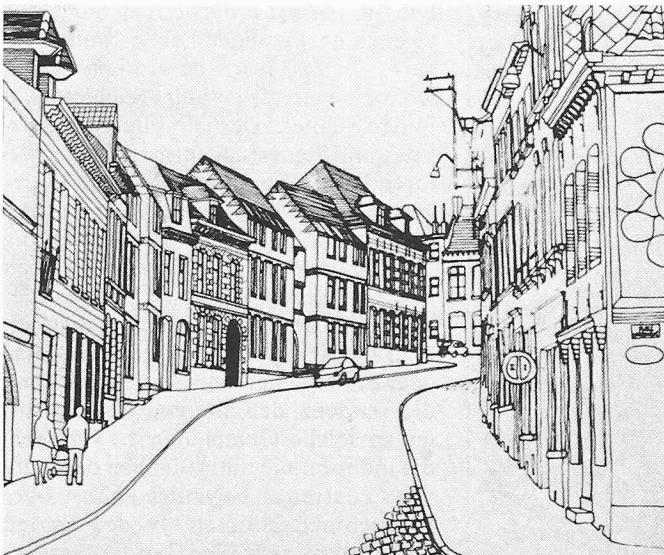
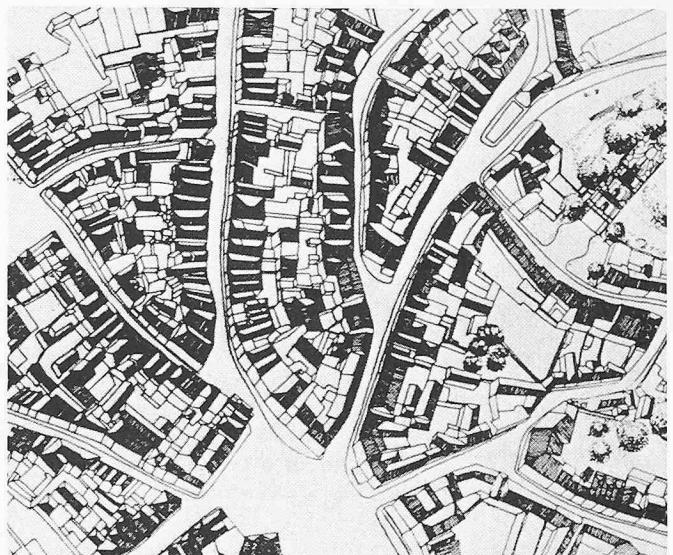
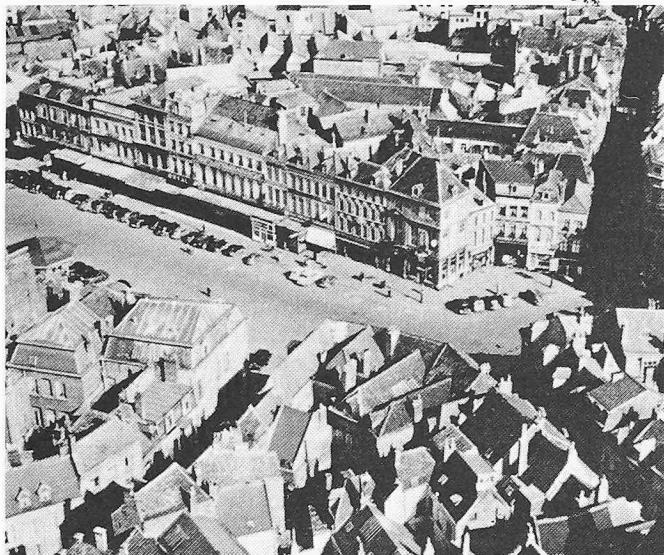
Die Stadt Basel musste eine Einbusse von ca. 15% und Bern von gut 13% hinnehmen.

Wohnungsbestand

Interessant ist auch ein Blick auf die Entwicklung des *Wohnungsbestandes*. Bekanntlich nimmt der Wohnflächenanteil pro Einwohner ständig zu, weshalb trotz Rückgang der Wohnbevölkerung in den Städten der Wohnungsbestand zunimmt. Die Komfortansprüche des Einzelnen in verschiedenen Bereichen (Platz, Kleinfamilie, Unabhängigkeit der Jugendlichen von der Familie) haben zugenommen. Dazu haben unsere Sozialversicherungen und das grosszügigere Stipendienwesen mit der Aus-

Wohnquartiere und ihre bauliche Gestaltung

Durch die Zentrumsfunktion der Stadt werden die städtischen Wohnquartiere am meisten gefährdet. So wie sich die Vorstellungen der planerischen Stadtentwicklung geändert haben, so haben sich auch die Vorstellungen über die



Beispiel Mons, Belgien

Mitten im belgischen Hennegau liegt die Stadt Mons. In ihr ist die Struktur einer mittelalterlichen Stadt noch erhalten.

Wie die meisten mittleren Städte war Mons einem wirtschaftlichen Druck ausgesetzt, durch den die Struktur der Stadt einige bedauerliche Risse bekam. Viele Bewohner waren sehr erregt darüber. Bereits im Jahre 1972 begann man sich Gedanken über das Kulturerbe von Mons zu machen. Ein Kolloquium aus Vertretern wichtiger Organisationen in Mons, der jungen Handelskammer, der Verbände des Einzelhandels arbeiteten Richtlinien für die Neugestaltung aus, wobei

der unverwechselbare Stadtcharakter mit der notwendigen sozialökonomischen Umgestaltung vereint werden sollte. Eine besondere «Stadtcharta» für Mons wurde ange nommen.

Aufgrund dieser Charta wurde von der Abteilung Architektur der Technischen Hochschule in Mons in Zusammenarbeit mit der «Zwischengemeindlichen Gesellschaft für Wirtschaftsentwicklung und Landesplanung» ein Strukturplan aufgestellt. Die semiologischen, morphologischen und typologischen Analysen, sowie eine eingehende Studie der sozialökonomischen Phänomene,

die auf das Leben in Mons einen Einfluss haben, bestätigten, was der Bürger bereits als notwendig empfunden hatte: Aufwertung der Stadtwohnung, Rettung des Stadtcharakters, Anerkennung der bereits bestehenden Zonen als Vorbild für den Wiederaufbau der verlassenen Viertel, Ablehnung der Monostruktur, Verbesserung der Grünflächen und vor allem eine gründlichere Kontrolle des Verkehrs und Überwachung der Parkanlagen. Dies alles zusammen bietet die besten Chancen zur Wiederbelebung und Harmonisierung des Stadtkerns.

Jean Barthélémy

bauliche Gestaltung unserer Städte gewandelt.

Es ist heute eine entscheidende Aufgabe der Städte, ihre neuen Wohnquartiere lebenswert und kleinmassstäblich zu konzipieren und den alten gewachsenen Quartieren alle erdenkliche Sorge zuteil werden zu lassen. Das will selbstverständlich nicht heißen, dass alte Quartiere nicht auch erneuert werden sollten. Die Frage ist wie. Der Stadtbewohner muss sich mit seinem Quartier identifizieren können, er muss sich dort

wohl fühlen, Freunde und Nachbarn haben. Trotz der Größe einer Stadt müssen die einzelnen Quartiere Begegnungsräume bleiben, wie dies bei den alten gewachsenen Quartieren meist der Fall ist. Diesen Quartieren mit ihrer Nähe von Haus zu Haus und den kleinen, aber bestehenden Freiräumen (Gärtchen, Plätze) ist Sorge zu tragen. Sie weisen oft Ausnützungsziffern auf, die sich sehen lassen dürfen, von den eigentlichen Altstadtquartieren nicht zu reden, die ein Mehrfaches an Aus-

nützung zulassen, als es in dichtüberbauten Neubauquartieren der Fall ist.

Erneuerung der Wohnquartiere

Die Erneuerung dieser Quartiere stieß früher bei Architekten und Bauherren auf herzlich wenig Verständnis, obwohl dies in einem durchaus tragbaren finanziellen Rahmen möglich gewesen wäre und es heute noch ist. Die Denkmalpflege hatte lange Zeit einen schweren Stand. Heute wissen wir, dass es sich bei weitem nicht allein um ein Problem der



Die Gemeinde von Seldwyla hat die Durchgangsstrasse sy la, dass nicht etwa das Gewerbe leben durch Umfahrung sterbe. Inwiefern das richtig war, wird aus diesem Boilde klar.

(Aus dem «Nebelspalter»)

Denkmalpflege handelt, sondern in Richtung Lebensphilosophie geht. Es darf hier auch erwähnt werden, dass die Denkmalpflege in gut gemeinter Absicht oftmals überbordet, indem die Probleme zu einseitig gewichtet werden. Aber auch die Bauvorschriften erleichtern das Renovieren und Erneuern alter Liegenschaften keineswegs. Diese eingreifenden Vorschriften sind vielfach das Resultat von Empfehlungen von Fachleuten und Fachverbänden, die in ihrem Bereich nur das Beste anstreben. Für die Verwaltung, welche diese immer zahlreicher Bestimmungen anwenden muss, ist es nicht einfach, das vernünftige Mass selbst zu finden, weil sie sich bei largerer Handhabung leicht dem Vorwurf der willkürlichen Anwendung aussetzt.

Gesamthaft gesehen dürfte heute der richtigerweise einzuschlagende Weg nicht nur erkannt, sondern immer mehr auch begangen werden.

Wirtschaftliche Prosperität

Es ist interessant, dass eine bedeutende Voraussetzung für die Bewältigung aller sich stellenden Aufgaben als gegeben oder doch erwartet vorausgesetzt wird, nämlich die wirtschaftliche Prosperität von Industrie, Handel und Gewerbe. Der Referent kann hier auf dieses komplexe Gebiet nicht weiter eingehen, stellt aber fest, dass es Aufgabe der Stadt als Zentrum ist, im Rahmen der bestehenden Ordnung Gewerbe und Unternehmungen nach Möglichkeit in ihrer Entwicklung nicht einzuzengen, sondern sie zu unterstützen. Und weiter: Der Spielraum des Gemeinwesens ist dabei allerdings klein. Auf jeden Fall ist die Ausdehnung von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistung in die Planung miteinzubeziehen, damit der notwendige Raum zur Verfügung gehalten werden kann. Industrie, Ge-

werbe und Handel zu fördern und andererseits die Wohnlichkeit für unsere Stadtbewohner zu erhalten oder zurückzugewinnen, sind allerdings gegensätzliche, sich konkurrenzierende Zielsetzungen.

Die Konkurrenz führt denn auch dazu, dass es zur *Verdrängung des Wohnraums aus ganzen Stadtquartieren* kommt. Hier muss das Gemeinwesen ordnend eingreifen. Es ist zu überdenken und sauber zu planen, wo Quartiere sich ganz oder teilweise für das Wohnen eignen. Dort muss dann der entsprechende Wohnraum planerisch festgelegt und durch Rechtsetzung sicher gestellt werden.

Finanzkraft der Städte

Die Wirtschaft braucht aber nicht nur eigenen notwendigen Lebensraum, sondern finanziell tragbare Verhältnisse, ich meine ein akzeptables Steuergefälle in den Städten. Deshalb bilden Finanzkraft und Steuerfuss entscheidende Faktoren für die Stellung der Städte in der Zukunft. Als Zentren sind die Städte bevorzugte Plätze für die Ansiedlung von Industrie, Dienstleistungsbetrieben und Handelshäusern. Ist jedoch der Steuerfuss der Stadtgemeinden deutlich über demjenigen von Agglomerations- oder Landsgemeinden, so verstärkt sich die Tendenz, den Sitz von Gesellschaften in solche Gemeinden zu verlegen, die indessen nie die Aufgaben der Städte als Zentren zu bewältigen haben oder übernehmen könnten. In den letzten Jahren lässt sich eine Tendenz erkennen, die sich im In- und Ausland gleicht, dass nämlich die Finanzkraft der Städte im Verhältnis zu ihren Aufgaben immer schwächer, diejenigen von Agglomerations- und Landsgemeinden immer stärker wird. Das Wohnen in der Stadt wird stets weniger attraktiv oder gar nicht mehr möglich, sodass ein *Auszug aus den Städten* begonnen hat. Das *Verlegen des Wohnsitzes von natürlichen* und vermehrt auch von juristischen Personen nach ausserhalb der Städte hat bezüglich der Steuereinnahmen deutliche Folgen gezeitigt. Parallel mit diesem Auszug besteht ein verstärkter Trend alter Leute in die Städte, die als Gemeinwesen im Bereich der Fürsorge, der sanitärischen Vorsorgung und der Schaffung von Wohnraum für Senioren vorbildlich sind.

Finanzausgleichsgesetze brachten sodann den vielen kleineren Gemeinden zu Recht Erleichterungen und Verbesserungen. Die Probleme der Städte werden aber damit grösser. Die zu erbringenden Leistungen für kulturelle Aufgaben, den öffentlichen Verkehr, Sicherheit, Fürsorge und andere Gebiete sind derart bedeutend, dass sie trotz der

Steuerleistungen der juristischen Personen mit einem durchschnittlichen Steuerfuss nicht mehr zu bewältigen sind. Im Bereich von Polizei/Feuerwehr/Zivilschutz, ferner Kultur/Erholung/Sport, sowie in der sozialen Wohlfahrt sind die Ausgaben der Städte Zürich und Winterthur prozentual annähernd bis doppelt so hoch wie in den übrigen Gemeinden.

Lastenausgleich

Die Aufgaben der Städte können deshalb nur noch erfüllt werden, wenn ein *Lastenausgleich* stattfindet, ein Aus-

gleich, welcher die Städte für ihre Leistungen auf den erwähnten Spezialbereichen entschädigt. Dieser Lastenausgleich muss, um wirksam zu sein, *in erster Linie über den Kanton* erfolgen. Bis vor wenigen Jahren standen die Städte im Ruf von finanzstarken Gemeinden; sie waren es auch, sie sind es aber nicht mehr! Es ist eine Aufgabe von uns allen, dafür zu sorgen, dass unsere Städte wieder als konkurrenzfähige Gemeinden dastehen.

Die *Umgewichtung der Konkurrenzfähigkeit* der Städte Zürich und Winterthur gegenüber den übrigen Gemeinden zeigt sich als Folge der geschilder-

ten Entwicklung in den Städten und des Finanzausgleichs im Kanton Zürich sehr deutlich.

Schlussfolgerung

Die meisten Städte mit Zentrumsfunktion stecken in einer gesellschaftlichen und finanziellen Krise. Diese Tatsache darf weder unter- noch überwertet werden; sie ist aber allerorts zur Kenntnis zu nehmen. Die aufgezeigten Probleme müssen deshalb angepackt und zu einer zufriedenstellenden Lösung gebracht werden.

Urbanes Leben in der Geschichte

Von Sigmund Widmer, Zürich

Die Städte waren in allen Kulturen die Zentren der Zivilisation. Die engen lebhaften Kontakte in den Städten waren immer die Entstehungsorte neuer Ideen. Mit dem Niedergang der Hauptstadt pflegten jeweils die dazugehörigen Gesellschaftsordnungen zu zerfallen. Diese kulturgeschichtliche Regel galt und gilt für Athen oder Sparta, für Rom wie für Paris oder New York.

Heute sind bei uns die Städte negativ tabuisiert. Es gehört zu den festen Bestandteilen der veröffentlichten Meinungen, dass unsere Städte unwirtlich, ungesund, verbetont usw. sind. Ein Politiker, der Wert auf seine Popularität legt, muss in den Chor über die Unwirtlichkeit der Städte einstimmen.

Woher stammt diese stadtfeindliche Stimmung? Antwort: Der Mensch ist offenbar von seiner Natur her dazu verurteilt, nach Veränderung zu streben. Diese permanente Veränderung weist ein ganz unregelmässiges Tempo auf. Unser Jahrhundert brachte mit zwei Weltkriegen und der industriellen Revolution ein ungewöhnliches Ausmass von Veränderung. Die meisten Menschen konnten sich an soviel Veränderung nur ungenügend anpassen. Diese ungenügende Anpassung empfindet man als gesellschaftliche Krise. Da die Veränderung in den städtischen Agglomerationen natürlich am ausgeprägtesten war, wendet sich die Kritik konsequenterweise primär gegen den Wandel in den Städten.

Ein besonders interessanter Aspekt dieser Krise besteht in der Ablehnung der zeitgenössischen Architektur durch die Bevölkerung. Für die Griechen, die Römer oder für das Hohe Mittelalter war verbindlich klar, was gute und was

schlechte Architektur bedeutete. Die ganze Antike zum Beispiel kannte nur drei Säulenformen: ionisch, dorisch und korinthisch. Heute gibt es keinerlei Verbindlichkeit. Niemand kann einem Laien erklären, was guter oder schlechter Baustil ist. Humorbegabte Architekten sprechen selber von der neusten Frühlingsmode der Architektur. Solche Phasen der Unsicherheit auf dem Gebiet der Architektur sind kulturgechichtlich nicht so ungewöhnlich. Man flüchtete sich dann jeweils in einen früheren Stil. Man nennt dies Historismus. Heute jedoch schrekt man vor Neubauten im Stil früherer Epochen zurück. Dieser Doppeleffekt, Ablehnung der zeitgenössischen Architektur plus die Weigerung, frühere Stile zu kopieren, muss zwangsläufig dazu führen, den Ausweg in der Wiederherstellung alter Bauten, d.h. im Denkmalschutz, im Renovieren zu suchen.

Der Denkmalschutz befriedigt eine ganze Reihe von seelischen Bedürfnissen in unserer Zeit. Er bildet ein geradezu demonstratives Gegengewicht gegenüber dem raschen Wandel, welche Hochkonjunktur und Technisierung in unseren Städtebildern (in andern Ländern auch noch der Krieg) mit sich gebracht haben. In einer weitgehend glaubenslosen Zeit, einer Zeit, die eifrig Mythen abbaut, bietet sich der Denkmalschutz als neuer Mythos, als Religionsersatz an. Es ist wenigen bewusst, was es bedeutet, dass Jahr für Jahr Millionen von Menschen, die zu Hause kaum eine Kirche betreten, weite Reisen unternehmen, um Baudenkmäler, Tempel, Kirchen, Klöster ehrfürchtig zu betrachten. Der Denkmalschutz erfüllt wesentliche unbewusste Wünsche der heutigen Menschen. Dem Denkmal-

schutz muss deshalb weiterhin grosse Kraft beigemessen werden.

Ethisch und moralisch gesehen ist es gleichgültig, ob eine Epoche neu baut oder nur renoviert. Insofern ist gegen das Einfrieren des Stadtbildes nichts einzuwenden. Die Schwierigkeit besteht darin, dass der Mensch nicht nur nach Beharrung, nach Konservierung von Bausubstanz drängt, sondern auch Veränderung wünscht.

Die lebhaften, sich wandelnden grossen Städte üben eine enorme Faszination auf die Menschen aus. Gerade New York, das gewissermassen als Inbegriff einer krisenerfüllten Stadt gilt und die praktisch keinen Denkmalschutz kennt, übt eine starke Faszination auf die Menschen aus. Vermutlich ist diese Faszination stärker als die Kritik an der Unwirtlichkeit der Städte. Es ist also ziemlich wahrscheinlich, dass auch bei uns die Freude an der baulichen Veränderung wieder einsetzen wird.

Versucht man diese verschiedenen Faktoren miteinander in Beziehung zu bringen, so lässt sich folgendes sagen: Denkmalschutz und Renovationsfreude bilden eine zweckmässige Massnahme zur Überwindung bestehender Schwierigkeiten. Der Epoche sind aber auch wieder Grenzen gesetzt. Wenn das Defizit an Anpassung aufgeholt ist, wird die Freude an der Veränderung wieder erwachen. Wann dies eintreten wird, ist nicht leicht zu sagen. Immerhin können zwei Dinge festgehalten werden: Erstens stellt der Denkmalschutz vom finanziellen Gesichtspunkt her einen Luxus dar. Er ist also nur im Rahmen einer materiell blühenden Wirtschaft realisierbar. Zweitens dürfen die Zweifel am Vermögen der eigenen Architektur dann zerstreut werden, wenn eine nächste Generation wieder an sich selbst und damit an ihren eigenen Geschmack und an ihre eigenen Werte glaubt.